

Landtagswahl Bayern

Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass Bayern dem CETA-Abkommen nicht zustimmt?

CSU

Sehr geehrter [REDACTED],

vielen Dank für Ihre Anfrage an unseren CSU-Spitzenkandidaten, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, zu CETA, die wir Ihnen gerne beantworten.

"Nein", wir befürworten CETA.¹ Das Abkommen wird für alle Beteiligten zu mehr Wohlstand führen, ohne unsere hohen Schutzstandards zu gefährden. Im Gegenteil: Gerade die CSU hat in der Vergangenheit erfolgreich dafür gekämpft, dass unsere hohen Standards erhalten bleiben. Dem Abkommen haben bzw. müssen sowohl das Europäische wie auch die nationalen Parlamente zustimmen. Auch von daher gibt es für uns keine Zweifel an der Vereinbarkeit mit Grundgesetz und EU-Recht.

Wir haben mit der SPD im Koalitionsvertrag vereinbart: "Im europäisch-kanadischen Handelsabkommen CETA sind zukunftsweisende Regelungen für den Schutz von Umwelt und Gesundheit, Arbeitnehmerrechten, öffentlicher Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsschutz vereinbart worden. Dies muss auch für künftige Handelsabkommen gelten. Wir wollen in Deutschland die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das CETA-Abkommen umfassend in Kraft treten kann. Wir wollen umfassende, moderne bilaterale Freihandelsabkommen mit Drittstaaten insbesondere im asiatisch-pazifischen Raum und Lateinamerika abschließen und unterstützen gleichzeitig das Ziel einer weiteren Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen."

Aktuell zeigt gerade die Politik von Donald Trump, wie wichtig eine internationale Zusammenarbeit ist - heute und künftig noch mehr. Wir stellen uns deshalb gegen Protektionismus, der allen schadet. Denn mehr gemeinsamer Handel führt generell zum Abbau von Armut und zum Gewinn von Wohlstand für alle Beteiligten - und somit zu mehr Gerechtigkeit weltweit. Dafür sorgen wir mit der Verankerung unserer hohen Standards.

Auch Kanada wird man schwerlich Billigstandards vorwerfen können.

Dabei ist CETA nur eines, aber natürlich ein sehr wichtiges, von sehr vielen Handelsabkommen Deutschlands mit sehr vielen Staaten in der Welt. Dazu gehören seit Jahrzehnten natürlich auch frei vereinbarte Schiedsgerichte. Im Gegensatz zu früheren Behauptungen gibt es keine "Zwangsprivatisierungen". Grundsätzlich können private Leistungen und Wettbewerb oft für mehr Versorgungssicherheit und niedrigere Preise sorgen, ohne dass die Daseinsvorsorge in Gefahr gerät. Das gilt auch für die Eigenständigkeit unserer Kommunen.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

/CHRISTLICH-SOZIALE UNION/

/POLITIK UND PARTEIARBEIT/

CSU-Landesleitung

¹ auf Nachfrage bestätigte die CSU, dass sie versehentlich „Nein“ auf die Frage geantwortet habe und „Ja“ meinte, wie es der Antworttext auch inhaltlich ausführt.

SPD

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

in der Anlage finden Sie die Antwort auf Ihr Schreiben vom 01. Juni 2018. Bitte bestätigen Sie mir kurz den Eingang, Herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

Persönlicher Referent

[REDACTED]

Antwort: Ja

Antwort der BayernSPD an Campact e.V. – Frage zu CETA

Der Art. 151 der Bayerischen Verfassung besagt: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ Dieser über 70 Jahre alte Grundsatz ist nach wie vor unsere Richtschnur in der Wirtschaftspolitik

Das heißt: wir stehen für gute wirtschaftliche Entwicklung in Bayern, mit guter Arbeit und einer fairen Verteilung der Wertschöpfung, wir stehen für eine transparente, demokratische Handelspolitik, die ArbeitnehmerInnenrechte schützt und höchste Standards gewährleistet. Für uns gilt: Fairer Handel statt Abschottung oder Handel nur nach Konzerninteressen. Auf dieser Grundlage stehen wir für die weiter erfolgreiche Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit

Im Falle einer Regierungsbeteiligung in Bayern wird sich die BayernSPD gegen ein zustimmendes Bundesratsvotum des Freistaats Bayern über das am 30. Oktober 2016 unterzeichnete europäisch-kanadische Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) aussprechen und bei ihrem Nein bleiben.

Die SPD-Fraktion hat das Thema EU-Freihandelsverträge als erste Fraktion bereits im November 2013 auf die Tagesordnung des Bayerischen Landtags gesetzt und in der Folgezeit mit einer Vielzahl parlamentarischer Initiativen die Verhandlungen über TTIP

und CETA nicht nur sehr kritisch begleitet, sondern auch Bedingungen formuliert, die für eine bayerische Zustimmung zu einem Freihandelsabkommen unverzichtbare Voraussetzung sind (siehe z., B. den einstimmig angenommenen SPD-Antrag „Bayerische Interessen schützen“, Drs. 17/400).

Nicht minder intensiv haben sich viele Gliederungen und Gremien der BayernSPD mit den CETA-Verhandlungen befasst. Nach einem intensiv geführten Meinungsbildungsprozess kam im Juli 2016 eine überwältigende Mehrheit der 300 Delegierten des SPD-Landesparteitags in Amberg zu der Bewertung, dass die von der bayerischen SPD formulierten roten Linien überschritten worden sind und das Abkommen deshalb abzulehnen ist. Diesem NEIN zu CETA schlossen sich - mit Ausnahme einer Stimme - die bayerischen Delegierten auf dem SPD-Konvent am 19. September 2016 in Wolfsburg an. Diese Voten sind im Falle einer Regierungsbeteiligung in Bayern zu befolgen.

Freie Wähler

Sehr geehrter [REDACTED],

die bedanke mich für Ihr Schreiben vom 31.5.2018 und die Frage zu CETA, die die FREIEN WÄHLER wie folgt beantworten:

/Vorausgesetzt, Ihre Partei kann als Teil der künftigen Landesregierung das Abstimmungsverhalten von Bayern im Bundesrat mitbestimmen: /

/Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass Bayern dem CETA-Abkommen nicht zustimmt? /

Ja. Wir als Freie Wähler werden auch weiterhin unsere kritische Haltung gegenüber CETA zum Ausdruck bringen. Wir gehörten bereits zu den Unterstützern des Volksbegehrens gegen CETA in Bayern, das schließlich vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof scheiterte. Als kommunale Graswurzelbewegung sehen wir insbesondere die in CETA niedergelegten Regeln im Umgang mit öffentlichen Dienstleistungen kritisch. Der Ansatz, wonach alle Dienstleistungen grundsätzlich in den Anwendungsbereich des Abkommens fallen, sofern nicht eine ausdrückliche Ausnahme formuliert ist, halten wir für grundlegend falsch. Der Bürger als Souverän muss weiterhin unabhängig von Handelsabkommen die Hoheit haben, über Art und Umfang öffentlich zu erbringender Dienstleistungen zu jedem Zeitpunkt entscheiden zu können. Hingegen drohen nun Interpretationsspielräume bei den mühsam formulierten Ausnahmetatbeständen, die zu Einfallstoren für mögliche Klagen werden können. Die Regeln für den Investitionsschutz sind für uns ebenso nicht hinnehmbar: Der geplante Investitionsgerichtshof ist nicht mehr als ein ständiges Schiedsgericht. Wir halten diese geplante Paralleljustiz mangels demokratischer Legitimierung für höchst problematisch. Zudem sind unsere eigenen nationalen Gerichte bestens in der Lage, rasch, kompetent, effektiv und kostengünstig alle zu erwartenden Streitfälle zu entscheiden.

--

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

FREIE WÄHLER Bayern Landesgeschäftsstelle

Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Fragen an Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl 2018, im Anhang finden Sie unsere Antworten.

Wir freuen uns auf die Veröffentlichung.

Mit freundlichen Grüßen,



Bündnis 90/Die Grünen Bayern

Ja

Begründung:

Die bayerischen Grünen haben auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim ihr Nein zu TTIP, CETA und TiSA beschlossen. Dieser Beschluss wurde bei der Beratung des Landtagswahlprogramms 2018 bekräftigt. Die Formulierung im Programm lautet: „Mit uns GRÜNEN wird es keine Handelsabkommen geben, die menschenrechtliche, soziale oder ökologische Standards abbauen, die Rechte von Arbeitnehmer*innen und den Schutz der Verbraucher*innen gefährden oder Sonderklagerechte für Konzerne beinhalten. Deswegen lehnen wir CETA, TTIP, TISA und Co. in der vorliegenden Form ab.“

Wir von Bündnis 90/Die Grünen sind Bündnispartner in vielen Bündnissen, die gegen Freihandels- und Dienstleistungsabkommen in ihrer geplanten vorgehen, so auch im Bündnis STOP TTIP München – Bündnis STOP CETA München – Bündnis STOP TISA München. Wir haben das leider nicht zugelassene Volksbegehren sowie die Europäische Bürgerinitiative unterstützt.

Unsere Landtagsfraktion hat im bayerischen Landtag bereits im Jahr 2014 in einem Antrag die Staatsregierung aufgefordert, sich im Rahmen möglicher Beratungen im Bundesrat bei der Abstimmung über das Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA) gegen das Abkommen auszusprechen.

Nachdem dieser Antrag von der CSU-Mehrheit abgelehnt wurde, wurde die Staatsregierung im Jahr 2016 in einem weiteren Grünen-Antrag aufgefordert, „sich auf allen Ebenen gegen den Abschluss von TTIP, CETA und TiSA in deren derzeitiger Form auszusprechen“.

Nachdem auch dieser Antrag von der CSU-Mehrheit bei Enthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt wurde, hat unsere Landtagsfraktion drei weitere Anträge zu einzelnen ausgewählten Punkten des CETA-Abkommens gestellt:

Die bayerische Staatsregierung wurde aufgefordert, im Bundesrat im Falle einer Abstimmung über die Ratifizierung von CETA gegen die Ratifizierung zu stimmen, falls durch CETA das Vorsorgeprinzip angetastet, unterminiert oder ausgehebelt wird, falls nicht rechtssicher für die Gegenwart und Zukunft ausgeschlossen ist, dass über CETA Grüne Gentechnik bzw. durch Grüne Gentechnik gentechnisch veränderte Pflanzen und Produkte leichter in die EU und damit nach Bayern gelangen können als es durch die gegenwärtige nationale und internationale Gesetzgebung möglich ist und schließlich falls eine Liberalisierung der Wasserversorgung durch CETA ermöglicht wird.

Ale diese Anträge wurden ebenfalls von der CSU-Mehrheit abgelehnt.

Diese eindeutige Positionierung auf allen Ebenen zu CETA sowie zu TTIP und TiSA ist selbstverständlich unabhängig von Wahlen und hat deshalb für uns auch nach der Landtagswahl sowie ggf. als Teil einer Regierung Bestand.

Wir als Grüne sind deshalb für eine Ablehnung von CETA im Bundesrat. Sollten wir Grünen an einer bayerischen Staatsregierung beteiligt sein (mit welchem Koalitionspartner oder welchen Koalitionspartnern auch immer), bleiben wir bei unserer Positionierung. Sollte/n der/die Koalitionspartner anderer Meinung sein und CETA befürworten, würde sich Bayern den bisherigen Gepflogenheiten folgend im Bundesrat enthalten müssen.

FDP

Sehr geehrter [REDACTED],

bitte entnehmen Sie dem Anhang unsere Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine.

Über eine kurze Empfangsbestätigung an diese E-Mail-Adresse würden wir uns sehr freuen.

Vielen Dank im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre FDP Bayern

Antwort auf Frage: Nein.

als Freie Demokraten wollen wir den Freihandel ausbauen, Handelshemmnisse jeder Art konsequent abbauen und die Rückkehr zu einem allgemein akzeptierten globalen Handelssystem im Rahmen der WTO erleichtern. Dank Zollfreiheit mit zahlreichen wichtigen Handelspartnern konnte Deutschland zu einer der führenden Exportnationen aufsteigen.

Durch CETA werden 98% aller gehandelten Waren zollfrei, wodurch Unternehmen laut EU-Kommission rund 590 Mrd. Euro einsparen dürften. CETA schafft Chancen für Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks, davon profitieren auch die dort beschäftigten Menschen. Zugleich bleiben entgegen falscher Aussagen die hohen europäischen Standards bei Umwelt- und Verbraucherschutz unangetastet. CETA bietet Investitionsschutz. Unternehmen können so bei staatlicher Enteignung in sehr klar definierten Fällen Schadensersatz beanspruchen. Das alte Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren wird durch einen bilateralen, ständigen Investitionsgerichtshof ersetzt. Dieses Gericht wird mit 15 Richtern besetzt, die von Kanada und der EU im Vorfeld festgelegt werden. Durch öffentliche Anhörungen wird Transparenz geschaffen.

In Zeiten, in denen Protektionismus, Populismus und Nationalismus wieder salonfähig werden, braucht es solche Abkommen. Kein Land ist so sehr auf offene Märkte angewiesen wie der Exportweltmeister Deutschland. Aus diesem Grund fordern wir Freie Demokraten gerade in diesen Zeiten ein klares Bekenntnis zum Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada.

Die Linke

Sehr geehrter [REDACTED], sehr geehrter [REDACTED],

vielen Dank für die Übersendung ihrer Wahlprüfsteine. Es tut mir leid, dass wir es nicht früher geschafft haben diese zu beantworten! Hiermit übersende ich Ihnen die Antworten zu Ihren Fragen zur Landtags- bzw. Bezirkswahl der Partei DIE LINKE.

"Vorausgesetzt, Ihre Partei kann als Teil der künftigen Landesregierung das Abstimmungsverhalten von Bayern im Bundesrat mitbestimmen: Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass Bayern dem CETA-Abkommen nicht zustimmt?"

JA

Wir haben uns als Partei, in den Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion seit Jahren kritisch mit den Handels- und Investitionsabkommen der EU auseinandergesetzt und lehnen sie in den bisherigen Form ab. Sowohl bei CETA als auch bei dem aktuellen Handelsabkommen der EU mit Japan (JEFTA) haben wir unsere Position durch vielfältige parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen für unsere Positionen an der Seite von Millionen BürgerInnen bei uns im Land und in Europa geworben. Im Bundestag haben wir als einzige Fraktion in der letzten Legislaturperiode eine Verfassungsklage gegen CETA eingereicht, die in der Hauptsache noch nicht entschieden ist.

Wir stehen für eine bessere internationale Zusammenarbeit und fairen Handel. Ein „Freier“ Handel ist dagegen nicht automatisch ein guter, gerechter oder gar ökonomisch sinnvoller Handel. DIE LINKE steht für einen Handel, der insbesondere der Mehrheit in allen Ländern sozial, ökonomisch und ökologisch nützt. Die aktuell diskutierten Handels- und Investitionsverträge (CETA, JEFTA, TiSA) sind vor allem gut für international tätige Konzerne und Investoren und zumeist schlecht für die meisten KMU, die BürgerInnen und VerbraucherInnen oder für die Umwelt. Aus unserer Sicht müssen folgende Eckpunkte für alle Handelsabkommen gelten: keine Geheimverhandlungen; volle Beteiligung der Zivilgesellschaft; keine Klageprivilegien für Investoren; wirksame Regeln gegen Lohn-, Sozial- und Umweltdumping; strikte Regulierung der Finanzbranche; hohe Qualitätsstandards für Konsumgüter und Dienstleistungen; Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung; klare Regeln beim Datenschutz. Handelsabkommen, die solchen Kriterien nicht gerecht werden, lehnt DIE LINKE auch weiterhin ab.

mit solidarischen Grüßen, [REDACTED]

-Redaktion Wahlprüfsteine-

[REDACTED] | DIE LINKE. BAYERN

AfD

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn auch verspätet, so beantwortet die Landes-AfD Bayern Ihre Frage zu Ceta wie folgt:

*Die AfD Bayern lehnt das geplante Handelsabkommen Ceta (EU-Kanada) ebenso ab, wie zuvor schon TTIP mit den USA. Daher keine Ratifizierungsempfehlung. *

Mit freundlichen Grüßen

